

Sächsische Zeitung

1909. Nr. 486.

für Unhalt und Thüringen.

Jahrgang 202.

Druckerei für Halle u. Vertriebsstelle in Halle a. S. durch die Postbezugs 3 Bf. für das Vierteljahr.
Die Sächsische Zeitung erscheint wöchentlich fünfmal. — 21118 Beteiligte: Sächsischer
Gouverneur (Hgl. Reichsminister), 20. Unterhaltungsbeitrag (Gourtspräsident), Danab. Beteiligte.

Zweite Ausgabe

Abgabegebühren f. d. festgesetzte Zeitungen oder deren Raum f. Halle u. den Saalkreis
20 Bf. auswärts 25 Bf. Reflektoren am Samstag des reaktionellen Zeits die Stelle 100 Bf.
Anzeigen-Annahme h. d. Expedition in Halle a. S. u. bei allen bekannten Annoncen-Expeditionen.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Schulzeische 87, Hinterhaus.
Telephon 138. Redaktions-Telephon 272. Eing. Nr. 27. Braunschweig.
Verleger: Dr. Walter Gedenken in Halle a. S.

Sonnabend, 16. Oktober 1909.

Geschäftsstelle in Berlin: Zehlenerstraße 14.
Telephon Amt VI Nr. 11 494.
Druck und Verlag von Otto Zietze in Halle a. S.

Ein Wendepunkt in der Türkei?

Ein namhafter Politiker sendet dem Neuen politischen Tagesdienst folgende Ausführungen aus Konstantinopel:

Solange die jungtürkische Regierung am Ruder ist, hat man das Empfinden, es werde am Goldenen Horn keine Realpolitik mehr, sondern die ausgesprochenste Gefühls-politik getrieben. „Les amis de nos ennemis sont nos ennemis.“ Die Deutschen waren Abdul Hamids Freunde — ein Diktum das trotz tändelnder Wiederholung noch immer unerlöschlich ist — also können wir mit ihnen keine Geschäfte machen, geschweize denn, ihnen politisch näherzutreten.“ Das war ein Gebanbe, den man von jenseit ganz verständigen Türlen oft genug hören konnte. Wer den begeisterten Empfang des neuen englischen Botschafters im vorigen Jahre mitangehen hat, wer täglich die Zeitungen lesen muß, mit denen die Weltmächte alle die Wogen und Quellen aller Völkerefreiheit und allen Völkerglücks in osmanischen Wäldern gefeiert werden und dabei das Unglück hat, der „reaktionären oder Nationen“ anzugehören, der konnte nur an seine Brust schlagen und seufzen: Gott sei mir Sünder gnädig.

Man möchte man seinen Augen nicht trauen, wenn man in der Kenntnis dieser Stimmung in einem führenden Raungrichterblatt, dem „Journal de Salonique“, folgende Sätze liest:

„Früher oder später wird auch die Türkei sich gezwungen sehen, sich einer der beiden Bündnisgruppen anzuschließen, die jetzt Europa zwischen sich teilen. Ihr Interesse wird sie bei der Wahl der Gruppe leiten, der sie sich anschließt. . . . Unter den Mächten nun, die immer die größte Sympathie für die Türkei gezeigt haben, und dies zu besonders triftigen Zeiten, nimmt Deutschland den ersten Rang ein. Es könnte uns vielleicht entgegengehalten werden, daß diese Sympathie nicht ganz ungenügend war. Aber wiederum weiß, daß die Gefühle in der Politik keine Rolle spielen, Geschäft bleibt Geschäft. Zwar ist nicht zu leugnen, daß die Art und Weise, wie früher Konjessionen vergeben wurden, zu verhängnisvollen Mißbräuchen Veranlassung gab. Aber die Deutschen waren nicht die einzigen Günstlinge des früheren Sultans. Eines ist sicher, nämlich daß Deutschland in bewundernswerter Weise dazu ausgerüstet ist, unserm Lande in seinem wirtschaftlichen Aufschwunge zu helfen. . . . Die wirtschaftlichen Interessen werden einen wohlthätigen Einfluß auf die allgemeinen Beziehungen der Türkei zu Deutschland haben, und die Türkei würde gegebenenfalls, ohne daß sie sich in ihrer Würde etwas zu vergeben brauchte, eine starke Stütze für ihre auswärtige Politik in Deutschland finden.“

Das sind Worte, die an sich schon wegen ihrer Weisheit zu denken geben. Es wäre eine der öffentlichen Meinung gegenüber in der Türkei nicht gerade häufige Fähigkeit, den Anschauungen der großen Masse so entgegenzutreten, wenn nicht das Barometer für Deutschland in den maßgebenden internationalen Kreisen liege. Und daß gerade das „Journal de Salonique“ diesen Wetterumschlag zuerst anzeigt, könnte eine optimistische Auffassung der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zwischen dem verjüngten Osmanenreich und Deutschland für die nächste Zukunft erhellen lassen. Aber man hüte sich vor zu weit gehen den Hoffnungen in dieser Richtung. Die Türkei ist noch in höherem Grade das Land der unbegrenzten Möglichkeiten als Amerika. Und wichtiger als für die Vorbereitung der zukünftigen Beziehungen zwischen Türken und Deutschen erscheint jener Artikel als Anzeichen eines Frontwärtens in anderer Richtung, nämlich in der politischen Methode überhaupt. Einer der schärften und klarsten Köpfe unter unseren britischen Vettern, David Gurne, hat einmal gesagt: „Die Natur ist immer härter als das Prinzip.“ Man könnte diese Worte mit einer kleinen Veränderung auf die osmanische Politik anwenden: „Der Vorleil eines Landes ist schließlich noch härter als die schönsten Prinzipien, als Sympathien und Antipathien.“ — Und daß dies jetzt wirklich den klugen und fähigen Vertretern des türkischen Staates dieses zum Bewußtsein gekommen zu sein scheint, ist für uns die Hauptsache. Wenn dem so ist, dann können der deutsche Handel und die deutsche Industrie ihre Stunde ruhig abwarten. Und die niemals ganz verlorenen Sympathien werden sich dann auch von selber wieder einstellen, dafür sorgt schon die auch unter den schwierigsten Verhältnissen nicht versagende stille Aufmerksamkeit unserer deutschen Landsleute im Lande des Halbmonds.

Der Entwurf eines neuen deutschen Strafgesetzbuches wird Ende Oktober erscheinen. Mit dieser bestimmten Erklärung überfordert uns die Deutsche Juristen-Zeitung. Zwar ist bereits früher angenommen worden, daß der Entwurf demnächst veröffentlicht werden würde, aber die Mitteilungen haben sich stets als unzuverlässig erwiesen. Da nun die Juristen-Zeitung, das Zentralorgan des deutschen Juristenstandes, ausdrücklich verbürgte Mitteilungen von eingeweihter Seite bringt, so ist nun nicht mehr daran zu zweifeln, daß der langersehnte Entwurf zu einem neuen Strafgesetzbuche dem deutschen Volke nun

endlich beschieden werden soll. Zwar handelt es sich nur, wie das Blatt weiter mitteilt, um einen für die Regierung unverbindlichen Vorentwurf, der aber doch seine Bedeutung dadurch erhält, daß er mit amtlichen Stillschritten unter der Leitung kriminalistischer, in der Praxis erfahrener Autoritäten hergeleitet ist. Die zu der Aufgabe berufene Kommission, an deren Spitze der Ministerialdirektor im preussischen Justizministerium Erz. Dr. v. u. a. stand, hat ihre große Arbeit abgeschlossen, nachdem als maßgebende Grundlage dafür die unter der Führung des Reichs-Juristenrates und der Leitung wissenschaftlicher Autoritäten hergeleitete Materialiensammlung in der „Vergleichenden Darstellung des deutschen und ausländischen Strafrechts“ in 16 großen Bänden vollständig erschienen ist. Die Juristen-Zeitung ist schon heute in der Lage, Näheres über den Inhalt des Entwurfs mitzuteilen. Danach wird sich dieser Vorentwurf ungefähr im Umfang des geltenden Strafgesetzbuchs halten, nach der Zahl der Paragraphen sogar etwas kleiner sein. Es ergibt sich daraus ohne weiteres, was übrigens auch von vornherein anzunehmen war, daß nach der Absicht der Verfasser die zahlreichen und zum Teil umfangreichen strafrechtlichen Nebengesetze nicht in das neue Strafgesetzbuch einzuarbeiten werden sollen. Auf dem Gebiete der Gesundheitspflege, der Nahrungsmittelfachung, des unlauteren Wettbewerbs, des Gewerbe- und Arbeiterrechts, des Schiffsverkehrs, des Verkehrs auf öffentlichen Straßen, des Steuer- und Zollwesens usw. werden daher die bestehenden Rechtszustände durch die Grundzüge des neuen Gesetzbuchs nur insoweit berührt werden können, als es sich um allgemeine, für jede strafrechtliche Vorrichtung zünftige Normen handelt, wie sie der erste Teil unseres geltenden Strafgesetzbuchs enthält. Auch der Vorentwurf wird einen ersten Teil — „Allgemeiner Teil“ — und einen zweiten Teil — „Besonderer Teil“ — umfassen. Während aber jetzt dieser zweite Teil ohne weitere Gruppierungen in 29 Abschnitte zerfällt, so der besondere Teil des Vorentwurfs zunächst in vier Bücher geteilt werden — Delikte gegen den Staat, gegen Einrichtungen des Staates, gegen die Person, gegen das Vermögen — die insgesamt 28 Abschnitte begreifen. Neben folgt ein fünftes Buch mit den Ueberrückungen, die nicht, wie vielfach angeregt ist, aus dem Strafgesetzbuch auszufcheiden, sondern in ähnlichem Umfang die bisher darin verbleiben sollen. Demgemäß wird auch die bisherige Dreiteilung der strafbaren Handlungen in Verbrechen, Vergehen, Uebertretungen aufrecht erhalten. Auch dem Strafprozeß ist, wenigstens erstens, eine Reihe von Bestimmungen gewidmet. In bemerkenswertem Gegensatz zu den Erklärungen, welche im Reichstag wiederholt für das Reichs-Justizamt abgegeben worden sind, scheint der Vorentwurf von der Annahme auszugehen, daß es einer weiteren Regelung des Strafprozeßs durch Reichsgesetz nicht bedürfen wird. Ein Gegensatz zu dem bisher von der Regierung eingenommenen Standpunkt tritt ferner darin zutage, daß die bedingte Aussetzung des Strafprozeßs für einige Jahre der Erprobung des Verurteilten nicht mehr durch die Justizverwaltung nach dem gerichtlichen Urteilspruch verfügt, sondern daß darüber durch das Gericht erkannt werden soll. Bisher hat die Regierung in dem dahin gerichteten, im Reichstag geäußerten Wünschen stets Einwendungen entgegengehalten.

Die Juristen-Zeitung berichtet, schon am 1. November eine allgemeine Charakterisierung des Inhalts des Entwurfs von konkreter Seite zu bringen. Man wird darauf um so mehr gespannt sein dürfen, als dies die erste authentische Berichterstattung über die wesentlichen neuen Bestimmungen unseres künftigen Strafrechts sein wird — des für alle Staatsbürger wichtigsten aller Gesetzlicher. M

Die Unfälle in Betrieben.

Vorschläge zur Verminderung der Zahl der Unfälle in Betrieben sind schon vielfach gemacht. Es haben aber selbstverständlich nur Wert, wenn sie die tatsächlichen Verhältnisse berücksichtigen. Neuerdings lauten Vorschläge auf, die von der Idee ausgehen, als sei der Betriebsunternehmer der Hauptbeteiligte an den Betriebsunfällen. Nach ihnen sollen die Unternehmer, damit sie mehr auf die Verminderung der Unfälle in ihren Betrieben hinwirken, einen Teil der Renten selbst zahlen, während nur der Rest den Berufsgenossenschaften zur Last fiele und es sollen den Unternehmern, deren Betriebe sich durch besondere Seltenheit von Unfällen auszeichnen, Prämien gewährt werden, gerichtliche Beirathung oder Rücktrittslosigkeit öfter schwere Unfälle vorgekommen sind. Diese Vorschläge sind völlig losgelöst von den tatsächlichen Verhältnissen. Zunächst ist statistisch festzustellen, daß er in seinen Grenzen ungefähr ganz gut zu bestimmender Teil der Betriebsunfälle überhaupt nicht vermieden werden kann. Das sind alle die Unfälle, die mit der Betriebsgefahr an sich verbunden sind. Von dem Rest ist aber, wie gleichfalls durch die Statistik

des Reichs-Versicherungsamtes zahlenmäßig nachgewiesen ist, der größere Teil den Arbeitern und nur der bei weitem kleinere den Arbeitgebern zur Last zu legen. Bei den Arbeitern fällt namentlich auf diesem Gebiete die Unachtsamkeit, aber auch die Unachtsamkeit von Unfallverhütungsmaßnahmen ins Gewicht und zwar so, daß der allergrößte Teil der Unfälle, die nicht durch die Betriebsgefahr zu erklären sind, auf die Inaktivität der Arbeiterbevölkerung und auf das damit verbundene geringe Maß von genauer Kenntnis der Betriebe selbst zurückzuführen ist. Will also jemand Vorschläge machen, die tatsächlich zu einer Verminderung der Unfälle führen sollen, so wird er doch wohl an der Stelle einsehen müssen, die den getauften Worten dafür nicht getan. Er legt bei den Arbeitgebern ein und ruft dadurch den Anschein nach, als ob diese die Hauptbeteiligten beim Vorkommen der Betriebsunfälle seien. Dieser mittelbaren Wirkung der Vorschläge will zunächst entgegengetreten werden. Sodann aber zeigen die Vorschläge selbst doch von einer großen Verkennung der Idee der Unfallversicherung. Würde dem Unternehmer ein Teil der Renten zur Last fallen, so würden ihm doch auch Restsummen offen gelassen werden müssen, um sich gegen die Verbindlichkeit, daß auf seine Schuld ein Unfall zurückzuführen wäre, vor Gericht zu wehren. Man hätte damit glücklicherweise das alte Prozedere der früheren Haftpflichtversicherung erneut eingeführt. Seine Befreiung war einer der Gründe für die Durchführung der staatlichen Unfallversicherung, Voraussetzung aber dafür wieder war die Zahlung der Renten von der Gesamtheit der Berufsgenossen. Der Vorschlag der Verhaftung von Unternehmern, in denen Betriebsunfälle häufig vorkommen, ist bereits, soweit er richtig ist, durchgeführt. Die Betriebe solcher Unternehmer können einer höheren Gebührentariffklasse eingereiht werden. Nach alle dem wird man gut tun, diese neueren Vorschläge zur Verminderung der Betriebsunfälle keine weitere Beachtung zu schenken.

Wissenschaft und Sozialdemokratie.

Die Verhandlungen des letzten Hochschultages über die Zulassung von Sozialdemokraten zur Lehrtätigkeit an deutschen Universitäten sind, was Preußen und solche Männer anlangt, die sich in der sozialdemokratischen Bewegung politisch betätigt haben, insofern gegenstandslos, als man auf jenem Tage einig darüber war, daß die Habilitation solcher Personen nicht zugelassen werden sollte. Wenn aber ferner in jenen Verhandlungen darauf hingewiesen ist, daß man sehr wohl in der Lage sei, ungeeignete sozialdemokratische denkende Männer von den Universitäten durch eine strenge Sachbehandlung des Colloquiums fernzuhalten, so ist es bezeichnend, daß das sozialdemokratische Parteiblatt bei Beschreibung dieser Angelegenheit der Auffassung Raum gibt, daß alsdann die Vertreter der Marxischen Lehre niemals zur Universitätslehrtätigkeit zugelassen werden würden. Das sozialdemokratische Blatt ergeht sich zur Begründung dieser Auffassung naturgemäß in den üblichen Angriffen gegen die bürgerlichen Parteien. In Wirklichkeit aber liegt der Anschlag das Eingekündnis zu Grunde, daß die angebliche wissenschaftliche Grundlage der sozialdemokratischen Anschauung mit Wissenschaft nichts zu tun hat, sondern das Produkt ipisiblicher Sophismen ist, darauf berechnet, den Minberurteilssfähigen der Schein von Wissenschaftlichkeit vorzugaukeln. Die Furcht vor ernsthafter Nachprüfung in wissenschaftlichen Colloquien, die das sozialdemokratische Parteiblatt bei dieser Gelegenheit vertritt, ist daher nur zu begründet. Die Marxischen Theorien können ohne eine ernsthafte wissenschaftliche Prüfung nicht vertragen.

Nach Ferrers' Tode.

Ferrer ist am Donnerstag früh auf dem bürgerlichen Friedhofe zu Barcelona beerdigt worden. — Wie die Agence Havas nach Barcelona meldet, ist dort am Donnerstagabend gegenüber dem bishöflichen Palaste eine zweite Bombe explodiert. Ferrer wird aus Barcelona berichtet, daß dort am gleichen Abend in einem Klavierlager in der Nähe der Kathedrale eine Bombe gerade in den Augenblicke platze, wo die herbeigerufenen Schutzleute sich ihr näherten. Der Geschäftsinhaber und drei Schutzleute wurden schwer verletzt. — Das Gericht, das in Barcelona zwei Franzosen hingerichtet worden seien, wird für vollständig unbegründet erklärt.

Die gestrige (Freitag) Sitzung des Municipalrates in Madrid verlief sehr erregt. Die republikanischen und sozialistischen Mitglieder verließen den Saal. Die Eröffnung der Kammer, die am Freitag nachmittags stattfand, ist ohne Zwischenfall verlaufen. (Bergl. auch unter Ausland.)

Wie die „Bohemia“ meldet, ist eine von den deutschen und tschechischen Freidenkerverbänden in Prag für Sonntag anberaumte Tagung in der Stadt von der Behörde verboten worden.

Schließlich wird uns noch aus Triest gedrahelt: Während der Sitzung des Landtages am Freitag hielt der liberal-nationale Abgeordnete Masovich eine Gedächtnisrede für Ferrer. Alle Abgeordneten erhoben sich von dem Stuhl. Der Redner schloß mit der Würdigung, zum Zeichen der Trauer durch Verlassen des Saales die Sitzung unmöglich zu machen. Die Abgeordneten traten in lauten Weifal aus und verließen den Saal.

Deutsches Reich.

Generaloberst von der Goltz begibt sich heute mit Gattin von neuem nach der Türkei. Sein dortiger Aufenthalt soll diesmal vorläufig bis zum nächsten August dauern.

Der Fürst und die Fürstin Wilton, die am Donnerstag aus Nordsee in Hamburg eingetroffen sind, werden, wie schon erwähnt, am 17. d. M. in Berlin eintreffen, wo sie im Hotel Alton Wohnung nehmen. Sie bleiben voraussichtlich bis zum 24. Oktober in Berlin und werden am 22. Oktober einer Einladung zur Geburtsstiftung der Kaiserin und zur Konfirmation der Prinzessin Viktoria Luise Folge leisten.

Amliches Wahlergebnis. Bei der Reichstagswahl im Wahlkreis 1 Schöner-Geburg-Gotha sind insgesamt 12 672 Stimmen abgegeben worden. Davon haben erhalten: Bedekotte 3163, Chorotenburg (Ztg.) 6183, Reichstagsrat Dr. Quast, Geburg (Haltz), 3445, Reichstagsrat Arnold, Reutberg (frei. Vpt.), 3043 Stimmen. Ungültig war eine Stimme.

Zusammentritt des Wasserfahrereintrags. Wie die „Zf.“ an zuständiger Stelle erfährt, wird der Wasserfahrereintrag für den Rhein-Elbe-Kanal in Deutschland und für den Ems-Wefer-Kanal in den Niederlanden zusammenzutreten. Ueber den Fortgang der Sache wird berichtet. Ueber den Fortgang des Bundes und die dabei hervorgetretenen Punkte soll Bericht erstattet werden. Dann wird in Hannover vor allen Dingen die wichtige Preisfrage des Kanals zur Sprache gebracht werden. Man wird Stellung dazu nehmen müssen, ob das erforderliche Speisewasser durch einen Zuleitungsgraben dem Kanal zugeführt werden soll, der bei Minden aus der Weser abweicht und bei Minden in den Kanal einmündet oder es zweckmäßiger ist, ein Pumpwerk bei Minden aufzustellen. In diesem Falle würde die zum Pumpen erforderliche Betriebskraft der Wehranlage entnommen werden, die zurzeit bei Dörverden an der Weser in Ausführung begriffen ist. Was nach Abzug des staatlichen Bedarfs noch an elektrischer Energie übrig bleibt, sind die Kreise Verden und Soya bereit abzunehmen und zugunsten von Landwirten und Industrie zu verkaufen. In diesem Sinne haben sich die Kreisräte in den letzten Tagen schlüssig gemacht.

Deutschland und Ostindien. Der Handelsvertrag zwischen Ostindien und Deutschland ist am Donnerstag vom indischen Königreich angenommen worden.

Der Kolonialprozeß. Wie bereits gemeldet, verhandelte die dritte Strafkammer des Landgerichts Berlin am Freitag gegen den Kaufmann Max Müller-Sambur, der an den Reichstagsabgeordneten Webel einen Brief gerichtet hatte, auf dessen Inhalt Webel in den kolonialen Reichstagsdebatten vom Dezember 1906 seine Angriffe gegen Offiziere der Schutztruppe, darunter Hauptmann Scheunemann, stützte. Der Angeklagte ließ vor Eintritt in die Verhandlung erklären, daß er aus dem Ermittlungsverfahren gegen Scheunemann, das mit Einstellung des Verfahrens geadet habe, und Scheunemann glänzendem Verlaufe die Überzeugung gewonnen habe, daß die in dem Briefe enthaltenen Behauptungen völlig grundlos seien. Nachdem der Angeklagte die von Scheunemann und dem Kommando der Schutztruppe geforderten Erklärungen abgegeben und im Entschuldigung gebeten hatte, wurde der Strafentwurf zurückgezogen. Sämtliche Kosten des Verfahrens übernahm der Angeklagte, der daraufhin sofort aus der Haft entlassen wurde.

Außenland.

Oesterreich-Ungarn. Wir erfahren aus Budapest: Gegenüber der Behauptung, die vorjährige Staatsrechnungsbilanz würde 150 Millionen Kronen Defizit ergeben, wird von kompetenter Seite erklärt, daß die vorjährige Rechnungsbilanz 125 1/2 Millionen Ueberschuß ergeben habe. Nach Abschreibung der außerordentlichen Ausgaben verbleiben 47,3 Millionen Kronen Ueberschuß. Für Investitionen wurden 200,5 Millionen Kronen verausgabt, die teils vom Ueberschuß genommen, teils durch Kredite beschafft wurden.

Turkreich und die Türkei. Das offizielle Petersburger Informationsbureau demontiert entschieden die Zeitungsmitteilungen über die angeblichen Ergebnisse der zwischen Isawoßki und Mustafa in Jalta geführten Verhandlungen, nach den türkischen Kriegsschiffen im Schwarzen Meere volle Schiffsfreiheit angeboten worden sei und außerdem auf alle seine Rechte und Prärogativen betreffend den Bau von Eisenbahnen in Anatolien verzichte.

Die Reise des Jaren nach Italien verfohen? Nach einer Meldung der „Daily Mail“ wurde die Reise des Jaren nach Italien verfohen wegen der augenblicklichen Erregung der italienischen Arbeiter. (?)

Kronprinz Alexander von Serbien geht nicht nach Bonn. Entgegen ihrem früheren Beschlusse sprach sich nach der „Hof-Ztg.“ die serbische Regierung dahin aus, daß Kronprinz Alexander nicht nach Bonn geht, sondern in Serbien seine Studien fortsetzt. Der König gab hierzu bereits seine Zustimmung. Dieser neue Beschlusse steht im Zusammenhang mit den Verhandlungen des Prinzen Georg zu reorganisieren.

Spanien. In der gestrigen ersten Sitzung der Deputiertenkammer verweigerte der Präsident dem Republikaner Aznati, dem Vertreter von Valencia, das Wort. Die Republikaner protestierten heftig und hinderten Maura, zu sprechen. Die Majorität protestierte gegen die Haltung der Republikaner. Dazu wurde einstimmig vom Präsidenten Alcaraga der in Marokko kämpfenden Truppen ein Gruß. Hierauf kündigten Diaz Molina (Demokrat) und Calbeton (Liberaler) Interpellationen über die innere und äußere Politik beziehungsweise über die Vorgänge in Barcelona und den Feldzug im Marokko an. „Martio Universal“ schreibt, der Finanzminister habe erklärt, die Ausgaben für Mexiko übersteigen bis jetzt

40 Millionen Pesetas und würden bis zum Jahresabschluss 68 Millionen erreichen.

Spanien und Marokko. Einem Telegramm aus Melilla zufolge eröffnete am Donnerstag die spanische Artillerie die Mörser ein heftiges Feuer auf die Marokkaner, die sich durch Signale miteinander verständigten, und fügte ihnen schwere Verluste zu. Auch als die Rifstabschen sich zurückgezogen hatten, hielt die Artillerie das Feuer noch aufrecht. Unter den spanischen Truppen herrscht immer noch die Hoffnung, daß der Feldzug bald zu Ende sein wird.

Mittelamerika. Nach einem Telegramm des amerikanischen Konsuls in Managua (Nicaragua) ist am Freitag dort das Ständrecht proklamiert worden. Präsident Delano trifft Vorbereitungen zu einem Angriff auf die von Revolutionären besetzten Ortschaften Rama und San Juan del Norte.

Die Luftschiffahrt.

Drville Wright fliegt vor dem Kaiser. Seine Majestät der Kaiser mit Frau Majestät der Kaiserin und der Prinzessin Viktoria Luise traf am Freitag um 5 1/2 Uhr nachmittags auf dem Nordbahnhof in Berlin ein, um einigen Flügen Drville Wrights beizuwohnen. Die Majestäten wurden von Hauptmann von Scheller und Drville Wright empfangen. Der Kaiser begrüßte auch die ebenfalls anwesende Schwester Drville Wrights, die Catharine Wright. Drville Wright vollführte trotz des widrigen, böigen Windes außerordentlich gut gelungene Manöver bis zu einer Höhe von 150 Metern. Der Flieger erfolgte glatt. Die Vorführung dauerte etwa eine halbe Stunde. Seine Majestät ließ abdamn noch eingehend den Apparat erklären und überreichte Drville Wright sein Bild mit eigenhändiger Unterschrift.

Sergeloff und Ranten. In Rantens Villa zu Christiania fanden am 14. c. zwischen dem Polarforscher und Professor Sergeloff Beratungen über die arktische Luftschiffahrt statt, besonders wurden Klima- und Eisverhältnisse im Polarform besprochen, die von Ranten sehr günstig für Luftschiffahrt geschildert wurden, er stellte seine Karte und seine Mitarbeit zur Verfügung.

„Parabel“ der am Freitag mittag 1 Uhr Geislingen, 1 Uhr 25 Min. Göttingen und 2 Uhr 20 Min. Eslingen passierte, landete 2 Uhr 45 Min. bei Gannstatt.

Der Flugplatz Juchin (Port Aviation). Die Verlegungen des Fliegers Niche haben sich als leichter herausgestellt, als ursprünglich angenommen wurde. Das eine Flugfeld ist zwar schwer verlegt, aber nicht verloren. Niche ist ein Schüler und Freund des in Bologna abgestürzten Hauptmanns Scherer. Ferner erfahren wir aus Juchin: Bei dem Absturzgen auf dem Flugplatz am Freitag genannten Graf Lambert den ersten 25 000 Francs betragenden Preis der Gesellschaft zur Förderung der Luftschiffahrt, Paulhan erhielt den zweiten Preis von 2000 Francs.

Aus Nah und Fern.

Ust Kenia getödt, dreizehn verundet. In Manuruch (Cappien) ist am Donnerstag die Pappel einer Meisehe eingestürzt. Acht Eingeborene wurden getödt, dreizehn verundet.

Verheerender Tornad. Das westliche Tennessee ist am Donnerstag durch einen Tornad heimgesucht worden, bei dem verschiedene Personen umkamen; viele Personen wurden verlegt und mehrere Ortschaften zerstört.

Liebesdrama. Am Freitag nachmittags 4 Uhr wurden in Berlin der Glasbläser H. Richter, 1856 auf Weßdorf, Ost Pommern, geboren, und das uneheliche Dienstmädchen Erna Parzival, 1890 in Berlin geboren, in der Wohnung der Parzival mit dem bürgerlicheren Schütze tot in Welt aufgefunden. Mord und Selbstmord sind ungewiss, aufeinander liegend gegenseitiges Einverständnis vor. Das Motiv ist unklar.

Das Opfer eines „Scherzes“ wurde der Arbeiter Schuranski in der Maschinenfabrik zu Pringenthal in der Provinz Posen. Mehrere Arbeitsschritte gingen ihm heimlich Gasföhre in den Kehle. Schuranski brach, als er während des Frühstückes von dem Scherz erfuhr, mit seinem inneren Verlegen zusammen. Man schaffte ihn ins Krankenhaus.

Cost ängste sich, wie wir aus New-York erfahren, über die Ausweisung Barilles sich erkaufte und erklärte, dazu erst Stellung nehmen zu können, wenn er wisse, unter welchen Umständen die Zeugnis abgelegt werden lie. Wenn man eine Expedition nach dem Südpol entsende, werde sie auf dem Gipfel die dort von ihm hinterlegten Aufzeichnungen finden.

Offenbarung des Hinführers nach Ostasien. Eine Gruppe englischer und amerikanischer Kapitalisten soll mit der chinesischen Regierung über den Bau einer Eisenbahn von Hinführer nach Ostasien verhandeln. Es verlautet, Japan habe China mitgeteilt, es habe nicht die Absicht, ihm Schwierigkeiten zu machen, werde aber auf seinen durch den letzten Vertrag begründeten Rechten bestehen.

Die Bombenfundamente nach Schweden. Der Chemiker Dr. Martin Fendberg, ein langjähriger Mitarbeiter des schwedischen Kolonie in London, gegen den, wie gemeldet, der Verbot ausgesprochen worden war, die Bombenfundamente nach Schweden abzuführen zu haben und der diesem Verbot bereits mit einem lateinischen Dementi entgegengetreten war, scheint sich die gegen ihn erhobene Beschuldigung in so fernem genommen zu haben, daß er in Geisteskur verfallen ist. Am Donnerstagabend gelang es bei ihm schwere Anzeichen geistiger Zerrüttung, daß er auf Veranlassung des schwedischen Konsuls in einer Privatbeschlusse untergebracht wurde.

Der im April wegen Fälschung von Weidenschildern und deren Verkauf zu vier Monaten Gefängnis verurteilte Kunstmaler Rübbschliff in Basel wurde in zweiter Instanz freigesprochen, jedoch sind dessen Anträge auf Revision nicht zurückgewiesen worden. Der Richter der Instanz hat aber ist nicht zurückgewiesen worden.

Die von Hilfspatrouillen von Congo, über die wir kürzlich berichteten, schreibt man aus Matland: Welches Unheil die Unkenntnis der Ostafrikaner anrichtete im Jahre 1906, zeigt die Massenvergiftung im Dorfe Congo bei Mologa. Die Kinder der Familie des dortigen Arbeiterverwesers Wereta hatten eine große Menge Pilze im Walde gesammelt und aus zwei anderen Familien haben abgeben. Alle drei Kinder sind verstorben. Steinpilze scheinen sie aber bei diesen abnehmenden giftigen Gegenständen (Boletus luridus) eingeemagelt zu haben. Man fand in Italien häufig die Pilze mit einer Silbermünze zusammen, deren Schwärzwerden das Vorhandensein von Giftstoffen anzeigen soll. Die Familie Wereta glaubte jedoch, die Schwärzung der Pilze wäre daher, daß sie alles Gift an sich gezogen und unbedenklich gemacht habe. Die ganze Familie, bestehend aus Vater, Mutter und fünf Kindern im Alter von zwei bis vierzehn Jahren, obgleich von den Pilzen und schließl dann bis zum nächsten Morgen, wo sich zunächst bei zwei Kindern heftige Verstopfungen, Krämpfe und Erbrechen einstellten. Als dann auch die Erwachsenen er-

krankten, wurde ein Arzt herbeigerufen. Aber weder war es bereits zu spät. Angewandten blieben die Angehörigen der ganzen Familie, die ebenfalls von der Pilze getroffen hatten, auch nicht gesund und trösteten ihre Verwandten. Aber gegen Abend hellten sich auch bei ihnen dieselben Symptome ein, und bald waren beide Häuser mit Sterbenden erfüllt. Am ganzen Tag zwölf Personen nach furchbarem Todeskampf gestorben. Die dritte Familie blieb verschont, da sie die Zubereitung der Pilze auf den nächsten Tag verschoben hatte.

Verstetete Schiffahrt. Wie wir berichteten, war das deutsche Schiff „Adolf“ an der Doggerbank gesunken und von seiner Besatzung worden der Kapitän und zehn Mann vernichtet, während die übrigen von einem schwedischen Schiff aufgenommen wurden. Nun kommt die Meldung, daß die gesamte Besatzung des Schiffes geborgen ist.

Ein Vorstoß zur Lösung der Dienstbotenfrage: Ich Japan, eine amerikanische Frau, Mrs. M. O. H., die sich jetzt in London aufhält, will nach Londoner Vätern der Dienstboten ein Ende machen. Sie empfiehlt, nur japanische Mädchen zu angestellen. Sie erklärt dieser Lage, ihre japanische Dienerin Natsa und so die beste Dienstmädchen, das sie je im Leben gehabt habe. Sie reist jetzt nach Japan ab, um dem Kaiser eine Menge bekannter Damen, ihnen wenn möglich, auch solche ideale Gesetze aus dem Lande der Kirchenkönige zu bringen. Wenn diese Propaganda der Mrs. O'Hara auf einen fruchtbareren Boden fällt, so wird das kosmopolitische Bild Londons bald eine weitere Gestaltung aufzuweisen haben, nämlich das japanische Dienstmädchen und die japanische Köchin. Uebrigens ist Frau Natsa ein fleißiges und zuverlässiges japanisches Dienstmädchen (Mädchen) nicht neu. Auch nicht für Deutschland. Frau Geheimrat Koch a. B., die Gemahlin Robert Kochs, hat sich von der Reise um die Welt, die sie mit ihrem Gatten nach dessen Rückkehr aus Ostafrika im vorigen Jahre ant, eine japanische Jofe mitgebracht, die das Muster eines Dienstmädchens sein soll.

Provinz Sachsen und Umgebung.

Zorgau, 15. Oktober. (Sächsisches.) — Auszeichnung. Die hier im neuen Staatshaus belegene, bisher dem Kaufmann Wälsche gehörende Villa „Erika“ ist durch Kauf in den Besitz des Kaufmanns Schreiber übergegangen. Das Rittergut Wälsche bei Sorgau mit Grundbesitz und Jagdgesellschaft (Korn- und Getreidebau) für 75 000 Mark erworben. Die Rittergut Wälsche Schreiber hat die hiesigen Königl. Landesherrn wurde anlässlich des heutigen 50-jährigen Dienstjubiläum mit dem Kreuz des Algemeinen Ehrenzeichens mit der Zahl 50 ausgezeichnet.

Königsberg (Südruß). 14. Oktober. (Vermögensbilanz der Sparr- und Darlehenskassen.) Die in der Rückforderungsabteilung des Verbandes der landwirtschaftlichen Genossenschaften zu Halle vorgenommene Revision der Geschäftsrechnungen der Sparr- und Darlehenskassen für das Geschäftsjahr 1906/07 folgendes ergeben: Zahl der Genossen 52 mit 97 Geschäftsstellen, Gesamtbeiträge 19 400 Mk., Geschäftsausgaben 415 Mk., Guthaben bei der Bank 37 880 Mk., Schuld für Sparanlagen 44 388 Mk., Ueberschuß 84,42 Mk., und Guthaben 101 591 Mk. Die Zahl der letzteren seit Gründung der Genossenschaft im Jahre 1900 von 37 000 auf 101 591 Mk. erhöht hat, beweist die gute Weiterentwicklung und Zuanahme der Einrichtung.

Berlin, 15. Okt. (Waterlandischer Frauenverein.) Aus dem in der Generalversammlung des Waterlandischen Frauenvereins am 13. c. vom Oberpräsidenten König für das vergangene Jahr erteilten Bescheide ist (nach dem Inhalt des Bescheides) dem Verein die Anerkennung der Kriegsbereitschaft betreffend, daß die Kriegsbereitschaft vorgehen und das Depot von Kriegsvorgängen bezogen. Für noch weitere Bedürfnisse ist ein Vertrag mit einer leistungsfähigen Berliner Firma geschlossen worden. In der Folge der Genossenschaft, zu der die Stadt einen Zuschuß von 1000 Mark bewilligt hat, waren auch die Kosten der Mutterhauspflege auf dem Lande haben in den letzten zehn Jahren eine Ausgabe von 14 883,91 Mk. veranlaßt. Die Zahl der Landbesitzerinnen ist von 9 auf 12 gestiegen. Den letzten Gegenstand der Tagesordnung bildete ein Vortrag des Dr. med. Wittich über die Vermögensfrage eines Deutschen Mutterhauspflege. Die Anwesenden des Vereins für die Krankenpflege auf dem Lande haben in den letzten zehn Jahren eine Ausgabe von 14 883,91 Mk. veranlaßt. Die Zahl der Landbesitzerinnen ist von 9 auf 12 gestiegen. Den letzten Gegenstand der Tagesordnung bildete ein Vortrag des Dr. med. Wittich über die Vermögensfrage eines Deutschen Mutterhauspflege. Die Anwesenden des Vereins für die Krankenpflege auf dem Lande haben in den letzten zehn Jahren eine Ausgabe von 14 883,91 Mk. veranlaßt. Die Zahl der Landbesitzerinnen ist von 9 auf 12 gestiegen.

Meiningen, 15. Oktober. Die Zusammenkunft der Landtagsmitglieder haben, wird dieser fünfzig 1/2 hürgeleitete und 9 sozialdemokratische Abgeordnete zählen. Die beiden Wahlkreise, in denen noch Stichwahlen ausstehen, sind für die hürgeleiteten Kreise sicher, so daß sich die Gesamtzahl der Wählerischen auf 15 erhöhen dürfte.

Mittelel aus der Provinz Sachsen und den angrenzenden Staaten. Mit dem Bau der Wasserleitung in Heßfeld soll am 20. d. Mts. und zwar gleich an zwei Stellen, begonnen werden. — Der Wirtschaftsinhaber Eward Krause in Wehlingen ist (nach der „Sangerh. Ztg.“) seit dem 6. Oktober von dort verbannt worden. Das Ziel des Einsoßs in die Wehlinger Wirtschaft ist im Zusammenhang mit dem Verstoß der Witwe Frieder für den Preis von 110 000 Mk. übergegangen. Das Hotel kaufte feinerzeit für 245 000 Mk. der Hotelier Karlens. — Bei dem 66. Infanterie-Regiment in Magdeburg und zwar bei der 5. Kompagnie, sind am 1. Oktober drei Hürder Gengel, Söhne des Hauptleutnants Karl Gengel zu Magdeburg, als Einjährig-Freiwillige eingezogen. — Der „Waldarbeiter“ im Hotel bei Balaulein in diesem Jahre auch den Winter über geöffnet. — Am 13. d. M. ist am südlichen Abhänge des Souterrain Bahndammes bei Delitzsch, dem Bahnhofsgebäude gegenüber, die Leiche einer unbekanntenen Frau aufgefunden worden. — Von einer Berliner Aktiengesellschaft für die Magdeburger der Bau eines großen Gesellschafts-Gebäudes mit einem großen Ankerhalle, Augusthof, Eis- und Sportplatz usw. in Vorbereitung genommen. Die Baukosten sind mit rund 5 1/2 Millionen Mark veranschlagt. — Vor dem Königl. Amtsgericht zu Delitzsch fand die Verzeigerung des Grundstückes „Zum Einbecken“ statt. Mitbestimmend blieb mit 72 000 Mk. die Delitzscher Aktienbrauerei. — Die Stadtratsordnungen zu Delitzsch genehmigten den Jagdpachtvertrag mit dem Wenzler Jahn-Delitzsch, der den Stadthof „Die Gräben“ mit den anliegenden Feldern für den Preis von 6,05 Mk. pro Hektar erpachtet hat. Eine Vernehmung unter dem Vorsitz des Stadtratspräsidenten wurde nicht abgehalten, hervor, daß der von der Verzeigeren Aufnahmehausbesitzerin, die genehmigte Bau einer elektrischen Bahn Leipzig-Gebäude-Blocke einmündig fallen gelassen worden sei. Damit wird natürlich auch die Bahnverbindung bis Delitzsch hinfällig. — Das Kanalprojekt wird wieder in Leipzig lebhaft erörtert. Man glaubt, daß man sich nicht mit der Leipzig-Weißeritz-Kanal begnügen wird, sondern auch noch einen Kanal Leipzig-Weißeritz-Kanal (Eibe) plant. — Verhaftet wurde in Leipzig ein 45 Jahre alter Kaufmann, der zum Raub einer dortigen arbeitslosen Firma nach und nach Gelder in Höhe von 20 000 Mark veruntreut hatte. Dem Verurteilten in Leipzig wurde von dem Erben der Witwe des Applikationsgerichtspräsidenten 10 000 Mark überreicht. — Ein Schuttenkreuz wurde in einer Leipziger Pfandhandlung gefunden. Ein Fischbassin, das etwa einen Zentner lebender Karpen enthielt, hat eine unermittelt gebliebene Person Gift geschüttet, so daß sämtliche Fische verendet. — In Zorn bei Dresden

